

19.01.2021

Antrag

der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Humanitäres Totalversagen vor den Toren und im Herzen Europas

I. Evakuierung der Elendscamps sofort realisieren und geordnete Asylverfahren ermöglichen!

Die Lage an der bosnisch-kroatischen Grenze ist schon lange prekär. Seit Jahren häufen sich Berichte über das berüchtigte Elendslager bei Bihać, über illegale Pushbacks von Seiten kroatischer Grenzbeamte, die Asylsuchende brutal an der Grenzüberschreitung in die Europäische Union hinderten¹. Seit 2018 hat die EU mehr als 88 Mio. € an die Regierung Bosnien-Herzegowinas und an Partnerorganisationen gezahlt, um sich der Flüchtlinge anzunehmen und Asylverfahren durchzuführen². Eine dieser Partnerorganisationen, die Internationale Organisation für Migration (IOM), protestierte kurz vor Weihnachten gegen die Verantwortungslosigkeit der bosnischen Regierung, die es unterließ, das Lager winterfest zu machen. Nachdem das Lager von der EU-Organisation geräumt wurde, geriet es in Brand und das Feuer zerstörte somit die letzten Behausungen der Flüchtlinge. Es fehlt an Strom, Heizung, fließendem Wasser und auch an Lebensmitteln. Nicht erst mit dem Wintereinbruch versinkt das provisorische Übergangslager Camp Lipa immer weiter im Chaos und Elend.

Die bosnisch-herzegowinische Regierung brach die halbherzige Hilfe in Form einer Evakuierungsmaßnahme, die mit Bussen organisiert worden war, ab und überließ den Geflüchteten ihrem Schicksal. Und nicht nur die 900 Menschen in Lipa sind den Bedingungen des bosnischen Winters schutzlos ausgeliefert. Tausende weitere Schutzsuchende müssen im Norden Bosniens in wilden Camps ausharren, weil die anderen Camps in Bosnien überfüllt sind. Die notdürftig errichteten Militärzelte reichen nicht für viele Hundert Menschen, die weiterhin bei kritischen Minustemperaturen im Freien schlafen³.

Doch auch innerhalb der EU-Grenzen sind Asylsuchende menschenunwürdigen Bedingungen ausgesetzt. Während im Winter 2019/2020 das völlig überfüllte Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos in den Schlagzeilen war, hat sich die Situation für die meisten Geflüchteten immer noch nicht verändert. Im provisorischen Zeltlager Kara Tepe, in dem immer noch um die 2500 Kinder leben müssen, grassieren Krankheiten wie etwa Krätze und Lungenentzündungen, die von Kälte und Nässe herrühren⁴. Gerade während der Corona-Pandemie ist das

¹ Gewalt gegen Flüchtlinge: Kroatiens Regierung unter Druck | tagesschau.de

² Bosnien: Keine Hoffnung für Flüchtlinge an der EU-Grenze | Europa | DW | 10.01.2021

³ <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/eu-sondergesandter-inakzeptable-lage-fuer-fluechtlinge-in-lipa,SLU3ikg>

⁴ Flüchtlingslager Kara Tepe: Verzweifelter Kampf gegen die Kälte | tagesschau.de

ein unverantwortbares Risiko. Auch vor Lesbos wurden systematische illegale Pushbacks durch griechische Behörden bekannt⁵.

Die dramatische Lage im bosnischen Flüchtlingslager Lipa bei Bihać und die andauernde humanitäre Katastrophe auf Lesbos führen uns aufs Neue vor Augen, dass das Europäische Asyl- und Flüchtlingssystem ein Scherbenhaufen ist.

II. NRW muss schnelle Hilfsleistung durch Zivilgesellschaft ermöglichen!

Wie im Falle der Seenotrettung von Geflüchteten sind es auch bei den Elendslagern auf Moria und an der kroatisch-bosnischen Grenze Kommunen, Kirchen und weitere engagierte Akteure der Zivilgesellschaft in NRW, die die Evakuierung der Flüchtlingscamps auf Lesbos und bei Bihać fordern. Unermüdlich setzen sie sich dafür ein, dass die Betroffenen in den genannten Lagern und in Seenot geratene Menschen Unterstützung bekommen und auf ihre Not aufmerksam gemacht wird. Erst kürzlich unternahm der Spendenkonvoi Köln e.V. wiederholt eine Reise nach Bihać⁶ und appellierte mit breiter Unterstützung der Kölner Politik und von zahlreichen Akteuren der Zivilgesellschaft in einem offenen Brief an Bundesinnenminister Seehofer, solidarischen Kommunen die Aufnahme von Geflüchteten möglich zu machen

Besonders hervorzuheben ist auch das Bündnis „Sichere Häfen“, dem bereits über 220 Kommunen und Städte, darunter über 50 aus NRW, beigetreten sind und die sich für die Aufnahme von geflüchteten Menschen in Not über Quotenregelungen hinaus einsetzen⁷. Gleichzeitig fordert das Bündnis ein größeres Mitspracherecht über die Entscheidungen von Flüchtlingsaufnahmen, um der Abschottungspolitik der EU offensiv entgegenzutreten. Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland kritisiert die Lage der Menschen vor der EU-Außengrenze als skandalös, ihre Situation schreie zum Himmel⁸. Er appellierte an die Bundesregierung, bereitwilligen Kommunen die Aufnahme von Geflüchteten und eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten zu ermöglichen (ebd.). Auch viele und Politikerinnen und Politiker des Deutschen Bundestages wandten sich in einem interfraktionellen Weihnachtsappell an Bundesinnenminister Seehofer und forderten ihn auf, gemeinsam mit aufnahmebereiten Ländern und Kommunen einen konstruktiven Weg für die zukünftige Aufnahme von Geflüchteten anzustoßen und voranzutreiben⁹.

Denn mittlerweile haben sich mehrere Bundesländer, etwa Bremen, Berlin und Thüringen, dazu entschieden, eigene Landesaufnahmeprogramme gemäß §23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz zu beschließen, um in Zusammenarbeit mit bereitwilligen Kommunen Menschen, die sich in einer akuten Notlage befinden, bei sich aufzunehmen.

Auch die Grüne Landtagsfraktion NRW brachte im März vergangenen Jahres einen Antrag (Drs. 17/7863) ein, der die Landesregierung aufforderte, sich auf Bundesebene für die kurzfristige Aufnahme von 5000 Geflüchteten von den griechischen Inseln einzusetzen und ein bestimmtes Kontingent in Absprache mit aufnahmewilligen Kommunen bei uns aufzunehmen. Der Antrag wurde im Rahmen einer namentlichen Abstimmung jedoch abgelehnt. Darüber hinaus hat die Grüne Landtagsfraktion nach dem verheerenden Brand im Lager Moria am 9. September 2020 die Situation auf Lesbos zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde im

⁵ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-grenzer-setzen-gefluechtete-nach-ankunft-auf-lesbos-auf-dem-meer-aus-a-9dbffbf-259c-4fa0-acb3-533c5becf972>

⁶ <http://koelner-spendenkonvoi.de/>

⁷ <https://seebruecke.org/sichere-haefen/sichere-haefen/>

⁸ <https://www.evangelisch.de/inhalte/180983/07-01-2021/ekd-migrationsexperte-lage-von-fluechtlingen-schreit-zum-himmel>

⁹ https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/integration/pdf/Weihnachtsappell_zur_Lage_auf_den_griechischen_Inseln__002_.pdf

Plenum gemacht. Die Landesregierung blieb auch hier die Antwort schuldig, welchen Beitrag sie aus NRW zur Lösung der humanitären Katastrophe leisten will.

Und auch die Reaktionen der verantwortlichen Regierungsträger auf EU- und Bundesebene sind beschämend. Zum einen blockiert Bundesinnenminister Seehofer die Landesaufnahmeprogramme der Bundesländer mit dem Verweis, es brauche eine europäische Lösung, zum anderen scheiterte er im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft daran, ein entsprechend tragfähiges EU-Asylsystem zu etablieren. Zudem teilte die Sprecherin des Innenministeriums am 5. Januar 2021 mit, dass die Bundesregierung keine Aufnahme von Schutzsuchenden aus Bosnien-Herzegowina plane¹⁰.

Auch die Landesregierung steht in der Verantwortung, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, Menschen in Not, für deren Lage die Europäische Union mitverantwortlich ist, zu unterstützen. Denn bisher sind von insgesamt 2750 Schutzbedürftigen aus Griechenland, die Bundesinnenminister Seehofer aufnehmen will, lediglich etwa 1300 in Deutschland eingetroffen¹¹. Und davon haben erst 17 minderjährige Asylsuchende überhaupt NRW erreicht (BT-Drs. 19/25072).

Gleichzeitig müssen Verstöße gegen EU- und Menschenrechte, die in der EU-Aufnahmerichtlinie festgeschrieben sind, durch Grenzschutzbeamte klar benannt und umgehend sanktioniert werden.

III. Der Landtag stellt fest:

Die katastrophale Situation von Geflüchteten in den Elendslagern vor und innerhalb Europas ist die Folge der Europäischen Abschottungspolitik. Sie ist mit den Werten Europas unvereinbar und daher auch untragbar. Vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse verliert die Europäische Union zunehmend an Glaubwürdigkeit in ihrer Rolle als Werteunion und im Hinblick auf ihre eigenen asylrechtlichen Bestimmungen. Menschen, die sich in akuter Notlage befinden, muss schnell und effizient geholfen werden. Es bedarf der kurzfristigen Unterstützung des Bundes und der Länder vor Ort sowie einer engen Kooperation mit aufnahmebereiten Kommunen.

IV. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird daher aufgefordert,

1. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Betroffenen an der bosnisch-kroatischen Grenze schnell Zugang zu geordneten Asylverfahren bekommen;
2. das Anliegen zahlreicher NRW-Kommunen im Rahmen des Bündnisses Sichere Häfen zu unterstützen, Schutzsuchende etwa auf Lesbos und in der bosnischen Grenzregion, die sich in einer akuten Notlage befinden, bei sich aufzunehmen;
3. schnelle personelle Unterstützung, beispielsweise durch das Technische Hilfswerk, und materielle Hilfslieferungen zu ermöglichen, um die akute humanitäre Notlage der Menschen im Lager Lipa zu lindern. Eine menschenwürdige Unterbringung und der Zugang zum europäischen Asylverfahren sind zu gewährleisten;

¹⁰ Bosnien-Herzegowina - Bundesregierung plant keine Aufnahme von Flüchtlingen (deutschlandfunk.de)

¹¹ <https://www.tagesschau.de/inland/appell-aufnahme-fluechtlinge-101.html>

4. sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die illegalen Pushbacks von griechischen und kroatischen Beamten, die regelmäßig dokumentiert sind, unverzüglich beendet, diese europäischen Rechtsbrüche vollständig aufgeklärt und alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Josefine Paul
Verena Schäffer
Mehrdad Mostofizadeh
Berivan Aymaz

und Fraktion